

Börsen-Zeitung

Zeitung für die Finanzmärkte

Dienstag, 12. Juni 2018 · Frankfurt am Main

www.boersen-zeitung.de

Einzelpreis Euro 4,95 · Nr. 109

D 1836 B

Dieselskandal steuert auf neuen Höhepunkt zu

Audi-Chef Stadler unter Betrugsverdacht – Daimler zu umfassendem Rückruf verdonnert

Börsen-Zeitung, 12.6.2018
sck/igoMünchen – Der Skandal um manipulierte Dieselfahrzeuge in der deutschen Autoindustrie hat sich am Montag deutlich zugespitzt. Zum einen weiteten Strafermittler ihre Untersuchungen gegen Audi auf die oberste Führungsebene aus. Zum anderen muss Daimler auf Anordnung der Bundesregierung hunderttausende Diesel wegen unzulässiger Abgasmanipulation zurückrufen. Damit ist Daimler nach Volkswagen der zweite deutsche Autobauer, dem amtlich Abgasmanipulation im großen Stil bescheinigt wird.

Die Staatsanwaltschaft München führt nun auch Audi-Chef Rupert Stadler und ein weiteres Vorstandsmitglied als Beschuldigte im VW-Skandal. „Ihnen werden jeweils Betrug sowie mittelbare Falschbeurkundung zur Last gelegt“, schrieb die Behörde. Zuvor war Stadlers Privatwohnung durchsucht worden. Das ist die fünfte Durchsuchung in dem Fall binnen 15 Monaten. Damit steigt die Zahl der Beschuldigten in der Causa auf 20 Personen.



Rupert Stadler



Dieter Zetsche

Ob damit die Tage des 55-Jährigen an der Spitze der VW-Tochter gezählt sind, ist offen. Die Familien Porsche und Piëch halten bislang an ihm fest. Aus dem Konzern kamen zuletzt Signale, dass Stadler auch im Fall einer Beschuldigung das Unternehmen leiten werde. Er ist seit Anfang 2007 an der Audi-Spitze und bestritt die gegen ihn erhobenen Vorwürfe bisher. Frühere Audi-Ingenieure sagten aus, dass Stadler ein Mitwisser gewe-

sen sei und die Manipulationen gedeckt habe. Er selbst behauptet, über die Machenschaften nicht rechtzeitig informiert worden zu sein. Der Abgasbetrug flog im September 2015 auf. Erst später kam heraus, dass Audi eine Schlüsselrolle spielte. Für die Aufarbeitung der Manipulationen musste die VW-Tochter bislang 2 Mrd. Euro zurückstellen. Den Mutterkonzern kostete die Affäre bisher 25 Mrd. Euro. Im Mai weitete sich

der Diesel-Skandal bei Audi aus. Das Unternehmen musste zusätzlich 60.000 Fahrzeuge mit einer illegalen Abgasvorrichtung nachbessern.

Das kommt nun auch auf Daimler zu. Die Bundesregierung ordnete am Montag den sofortigen Rückruf von europaweit 774.000 Fahrzeugen wegen „unzulässiger Abgasmanipulationen“ an. Das teilte Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) nach einem Treffen mit Konzernchef Dieter Zetsche mit. In Deutschland seien 238.000 Mercedes-Fahrzeuge betroffen – neben dem schon zurückgerufenen Transporter Vito auch C-Klasse-Modelle und der Geländewagen GLC. Daimler will den Rückruf umsetzen, dagegen aber Widerspruch einlegen.

Zetsche musste bereits Ende Mai in Berlin antreten, nachdem das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) einen Rückruf von rund 4.900 Transportern wegen zwei illegalen Abgasmanipulationen angeordnet hatte.

► **Nebenstehender Kommentar**
► **Personen Seite 16**

Zetsches Lebenswerk wackelt

VON ISABEL GOMEZ

Bis vor kurzem war der Weg des Dieter Zetsche in den nächsten Jahren klar vorgezeichnet. Im Dezember 2019 läuft sein Vertrag als Vorstandsvorsitzender von Daimler aus. Nach einer Abkühlungsphase von zwei Jahren würde er Aufsichtsratschef werden. Nun steht Zetsche aber im Mittelpunkt des Abgaskandals, der im September 2015 als VW-Betrug begann und inzwischen die gesamte deutsche Autoindustrie erfasst hat.

In mehreren Mercedes-Modellen ist eine nach Auslegung des Kraftfahrt-Bundesamtes illegale Abgasmanipulation verbaut. Der Konzern will sich im Zweifel rechtlich gegen diese Einschätzung wehren. Tatsächlich handelt es sich offenbar um kein Programm, das, wie bei VW, einen Prüfstand erkennt und die Abgasreinigung dann aktiviert. Das macht die Sache aber nicht besser. Im Gegenteil.

Die Branche hat flächendeckend sogenannte Thermofenster zum Schutz von Diesel-Motoren eigenwillig ausgelegt. Bei Daimler war das Fenster besonders groß, so dass die Abgasnachbehandlung Messwerten zufolge teilweise erst ab 10 Grad Außentemperatur funktionierte. Aus diesem Grund warnte ein Daimler-Anwalt das Bundesverkehrsministerium bereits bei Zetsches erstem Besuch in Berlin laut „Spiegel“ davor, die Einrich-

tungen bei Daimler als illegal anzusehen. Damit würde die gesamte Autoindustrie gefährdet. In diesem Zusammenhang muss auch die Aussage von BMW im Frühjahr neu betrachtet werden. Der Hersteller hatte in zwei Modellen versehentlich „falsch zugeordnete“ Software aufgespielt. Der „Irrtum“ dauerte vier Jahre lang an.

Dass Zetsche einen Prozess riskiert, bekommt so eine neue Relevanz. Wenn unter Zetsche ein Gericht die Auslegung der gesetzlichen Grundlage über Thermofenster durch Daimler für konform erklärt, dürfte der Mercedes-Stern auf dem Stuttgarter Hauptbahnhof durch sein Konterfei ersetzt werden.

Scheitert er aber, weitet das nicht nur den Diesel-Skandal in bisher unbekannte Dimensionen aus. Zetsches Lebenswerk, das aus der Rettung Daimlers nach dem Chrysler-Fiasko, der Wiederbelebung einer verstaubten Marke, der Modernisierung des Modellportfolios und der Rückkehr an die Absatzspitze im Premium-Segment besteht, ist dann zerstört. Zetsche hat sich mit der Aussage, bei Mercedes sei keine Betrugssoftware verbaut, kurz nach Bekanntwerden des VW-Betrugs derart weit aus dem Fenster gelehnt, dass er in diesem Fall als Vorstandschef und künftiger Aufsichtsratschef kaum mehr tragbar wäre.

(Börsen-Zeitung, 12.6.2018)

BANKEN & FINANZEN

Bain prognostiziert Preisdruck im Transaction Banking

Neue Wettbewerber und digitale Lösungen sorgen für Preisdruck im Transaction Banking, wie Bain feststellt. Das Beratungshaus prognostiziert einen Trend zu Flat-Fee-Modellen. **Seite 2**

KONJUNKTUR & POLITIK

Brexit-Wirtschaft kommt nicht recht in Schwung

Die britische Wirtschaft will neun Monate vor dem Brexit nicht in Schwung kommen. Zwar steigen die Löhne wieder, aber nicht so stark, um einen Zinsschritt zu rechtfertigen. **Seite 7**

MEINUNG & ANALYSE

Grammer droht turbulente Hauptversammlung

Highnoon bei Grammer: Auf der Hauptversammlung des Automobilzulieferers dürfte sich der chinesische Großaktionär Ningbo Jifeng einen Schlagabtausch mit dem Hastor-Clan liefern. **Seite 8**

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Austrian Airlines braucht Ergebnisschub für Investitionen

Um in die Flottenerneuerung zu investieren, muss die Lufthansa-Tochter Austrian Airlines (AUA) ihr Ergebnis noch steigern, wie der CEO im Gespräch mit der Börsen-Zeitung sagt. **Seite 11**

KAPITALMÄRKTE

Akteure am Bondmarkt sorgen sich wegen möglichem Italexit

An den Finanzmärkten geht die Sorge um, dass die Staatsschuldenkrise wieder aufflammen könnte. Italien ist der Problemfall. Ein Kollaps hätte verheerende Auswirkungen. **Seite 17**

EZB dreht an Preisschraube für T2S

Niedriges Transaktionsvolumen auf der Plattform

Börsen-Zeitung, 12.6.2018
dm Frankfurt – Die Gebühren für die Nutzung der von der Europäischen Zentralbank (EZB) aufgesetzten Wertpapierabwicklungsplattform T2S sollen ab Anfang 2019 deutlich angehoben werden. Dies sieht nach Informationen der Börsen-Zeitung ein Vorschlag des Market Infrastructure Board (MIB) der EZB vor. Damit die Gebührenerhöhung rechtzeitig in Kraft treten kann, sei eine Entscheidung spätestens an der EZB-Ratsitzung Ende Juni angezeigt, heißt es. Laut Vorschlag sollen die Gebühren für Lieferung gegen Zahlung (DvP) von derzeit 15 Eurocent auf bis zu 23,5 Eurocent angehoben werden. Als Grund wird das Transaktionsvolu-

men angeführt, das weit unter den im Jahr 2010 gemachten Prognosen liegt. Hinzu kämen höhere Kosten, etwa wegen verzögerter Anbindung einiger Zentralverwahrer an T2S, wegen Cyberabwehr-Initiativen sowie Kosten der geplanten Konsolidierung des Zahlungssystems T2 mit T2S. Die Kostendeckungsperiode für T2S soll auf 14,5 Jahre verdoppelt werden. Marktteilnehmer verweisen auf die Notwendigkeit, neue Instrumente wie klassische Eurobonds auf T2S zu bringen, sowie auf die stärkere Harmonisierung gesetzlicher Rahmenbedingungen in Europa.

► **Schwerpunkt Seite 5**
► **Wertberichtet Seite 8**

CRX Markets hat erste Milliarde voll

Börsen-Zeitung, 12.6.2018
bg Frankfurt – Die als eines der hoffnungsvollsten deutschen Fintechs aus dem B2B-Bereich geltende CRX Markets hat bereits 1 Mrd. Euro an in Wertpapieren gebündelten Lieferantenforderungen über ihre Plattform finanziert. Bei stark steigender Tendenz geht der neue CEO Frank H. Lutz davon aus, dass allein in diesem Jahr noch mal „deutlich mehr als 1 Mrd. Euro“ finanziert werde, so der ehemalige CFO von MAN und Covestro im Interview der Börsen-Zeitung. Lutz will die Skalierung des Geschäftsmodells vorantreiben und dabei im Markt die breite Palette der Working-Capital-Optimierung adressieren. Denn neben dem reinen Liquiditätsaspekt gehe es auch um Risikomanagement und Corporate Social Responsibility (CSR).

► **Im Interview Seite 3**

Roms Bekenntnis beruhigt Anleger

Neuer italienischer Finanzminister Tria stellt sich hinter den Euro

Börsen-Zeitung, 12.6.2018
sts Frankfurt – Das Bekenntnis des neuen italienischen Finanzministers Giovanni Tria zur Euro-Mitgliedschaft des Landes und zu Strukturformen hat Anleger zum Wochenaufschlag beruhigt. Während der Aktienmarkt in Mailand deutliche Kursgewinne verbuchte und die Risikoabschläge für italienische Staatsanleihen gesunken sind, setzte der Euro seine Erholung fort. Die Gemeinschaftswährung kostete zeitweilig mit 1,1820 Dollar so viel wie seit Mitte Mai nicht mehr.

In einem Interview stellte sich Tria klar hinter den Euro. Außerdem machte der Finanzminister deutlich, dass die neue Regierung das Wachstum durch Investitionen und Strukturformen ankurbeln will und nicht durch eine Erhöhung der Schulden. Unter Anlegern kam offenbar gut an, dass sich die neue italienische Regierung aus den beiden populistischen Parteien Lega und Fünf Sterne fiskalisch konventioneller gibt, als sie selbst angekündigt hatte. Die Rendite italienischer Staatsanleihen mit

MARKTDATEN

| FTSE Mib in Indexpunkten | | |
|-----------------------------|----------|-----------|
| | 25000 | |
| | 24000 | |
| | 23000 | |
| | 22000 | |
| | 21000 | |
| Mailand | 2.1.2018 | 11.6.2018 |
| Quelle: Thomson Reuters | | |
| 11.6. Vortag | | |
| Dax | 12842,91 | 0,59% |
| Euro Stoxx 50 | 3480,22 | 0,95% |
| S&P 500 (20h) | 2788,70 | 0,35% |
| 1 Euro in Dollar (20h) | 1,1783 | 1,1766 |
| Gold in Dollar (20h) | 1299,39 | 1298,00 |
| Öl/Aug in Dollar (20h) | 76,67 | 76,46 |
| Bundrendite 10J | 0,49 | 0,45 |
| US-Rendite 10J | 2,99 | 2,95 |
| 3-M-Euribor | -0,321 | -0,321 |
| Quelle: Thomson Reuters | | |

zehnjähriger Laufzeit fiel aufgrund der verbesserten Stimmungslage am Markt wieder unter die Marke von 3%. Im späten europäischen Handel lag die Rendite bei 2,86% nach 3,13% am vergangenen Freitag. Die wachsende Hoffnung auf einen doch noch einigermaßen vernünftigen Kurs der neuen italienischen Regierung führte zu deutlichen Gewinnen am italienischen Aktienmarkt. Vor allem Bankaktien legten mit einem Plus des Branchenindex von 5,8% zu. Der Blue-Chip-Index FTSE Mib stieg um 3,4% auf 22.089 Punkte. Analysten warfen aber die Frage auf, wie viel Einfluss Tria in der Regierung haben wird und ob Eurofreundlichere Töne nachhaltig sein werden. Die anderen europäischen Aktienmärkte zeigten sich weniger euphorisch, auch im Hinblick auf die in dieser Woche anstehenden Zinsentscheide von Fed und EZB. Der Euro Stoxx 50 gewann 1% auf 3483,46 Zähler. Der Dax stieg um 0,6% auf 12843 Punkte.

► **Berichte Seiten 7, 17 und 18**

Mal größer, mal kleiner

VON ANGELA WEFERS

Divide et impera – teile und herrsche. Diese Machiavelli zugeschriebene Machtstrategie setzt US-Präsident Donald Trump nun ausgerechnet im „Familienkreis“ der sieben führenden Industrieländer ein, der G7. Schon vor dem Treffen in Kanada zeichnete sich Streit ab. Trump schlug vor, die G8 zu reanimieren und nach der Krim-Annexion Russland wieder aufzunehmen. Dafür schien ihm zunächst die Sympathie von Italiens neuem Ministerpräsidenten Giuseppe Conte sicher.

Europa zu spalten ist Trumps Ziel. Der Kreml winkte indessen ab. Nun sieht es nach G6+1 aus, nachdem Trump den Gipfel nicht nur mit einer vorzeitigen Abreise brüskierte, sondern auch das schon von ihm gebilligte Kommuniqué wieder platzen ließ – ganz nach dem Muster „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“. Kommuniqués fallen nicht vom Himmel. Die Sherpas der Staats- und Regierungschefs arbeiten wochenlang an der Formulierung. Die Chefs selbst räumen bestenfalls nur wenige strittige Punkte aus. Vor Überraschungen sind sie gefeit. Widerstand der USA gegen das Abschlussdokument wegen des Bekenntnisses zum multilateralen, regelbasierten Handel zeichnen sich somit schon vorher ab. Am Ende ist die G7 mit dem wetterwendischen US-Präsidenten dennoch nicht. Sein Außen-

minister lenkte bereits ein. Gleichwohl: Niemand weiß, was Trump als Nächstes einfällt. Merkel beharrt darauf, das gebilligte G7-Abschlussdokument bleibe rechtskräftig. Das freilich ist Unfug, denn Kommuniqués sind nicht einklagbar, sondern politische Absichtserklärungen. Die G7 ist nicht demokratisch legitimiert. Dies trägt ihr oft genug Kritik ein.

Als Kaminrunde zum Austausch unter der Mächtigsten über Wirtschafts- und Finanzfragen war sie 1975 ins Leben gerufen worden – eine G6, zunächst noch ohne Kanada. Seit der Finanzkrise ist ihre Bedeutung als Ordnungsgremium ohnehin geschwunden und von der G20 abgelöst worden. Dort sind seit einer Dekade die großen Industrie- und Schwellenländer verbündet. Dort bildet sich das wirtschaftliche und politische Gewicht in der Welt besser ab. Die G7 hatte sich zunächst wieder ihrer Anfänge erinnert – als Austausch, nicht als Entscheidungsgremium. Sie wird Trump überleben, wie sie vieles überlebt hat, mal größer, mal kleiner, in unterschiedlicher Bedeutung. Womöglich kehrt eine ruhigere Phase ein. Die Europäer aber in der G7 – Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland – dürfen sich nicht auseinanderdividieren lassen. Sonst hätte Trump sein Ziel erreicht. (Börsen-Zeitung, 12.6.2018)

